

Seitenhiebe

Vor kurzen war Weltspartag. Ein Grund sich wieder einmal Gedanken über das Geld zu machen.

(raf, 7.11.2024)

Sparschweine (1)

Sparbüchsen gab und gibt es in den verschiedensten Formen. Laut Wikipedia waren diese bereits in der Antike rund 2.000 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung bekannt. Die Existenz von Spardosen in Form von Schweinen ist seit dem Mittelalter nachweisbar. Diese Form geht vermutlich darauf zurück, dass Schweine einerseits als Glücksbringer angesehen wurden und andererseits vielleicht auch wegen ihrer Fruchtbarkeit die Hoffnung auf die Vermehrung der Ersparnisse zum Ausdruck brachten. Außerdem besaßen Sparbüchsen aus Keramik früher oft keine andere Öffnung als den Einwurfschlitz, weshalb die – hoffentlich gut gemästeten – Schweine (und andere Behälter) zur Entnahme des Geldes regelrecht geschlachtet werden mussten.



Spar-Schweine (2)

Als Kinder haben die älteren unter uns gelernt: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Daher haben diejenigen, die ihr spärliches Taschengeld oder die gelegentlichen Geldgeschenke der Großeltern nicht für Süßigkeiten oder unnötigen Kleinkram verpulvert haben, mit ihren paar Münzen oder gar Scheinen ihr Sparschwein gefüttert und dieses am Weltspartag in eine Sparkasse gebracht, um das Geld aufs Sparbuch einzuzahlen. Dafür erhielten sie kleine Geschenke, welche mitunter sogar wesentlich länger hielten, als die Namen der Banken, für die sie ursprünglich Werbung machen sollten. Heutzutage ist vieles anders. Damit meine ich nicht, dass die Geschenke der Banken immer weniger wurden und physische Sparbücher im Zeitalter der Onlinekonten ein nahezu schon museales Relikt sind, zumal es für die Einlagen darauf auch kaum mehr Zinsen gibt. Aber das ist gewollt, um nach dem Motto „money makes the world go round“ zum Konsumieren anstelle des Sparens anzuregen. In den letzten Jahrzehnten hat die Wirtschaft floriert, indem vor allem den jungen Menschen suggeriert wurde, dass alles jederzeit – und bei Bedarf auch auf Kredit – verfügbar ist. Erst nach den Krisen der letzten Jahre sind manche wieder vorsichtiger geworden und werden jetzt dafür kritisiert, weil sie die mit der Gießkanne ausgeschütteten Förderungen nicht – wie von der Regierung erhofft – dazu verwendet haben, um die erlahmte Konjunktur anzukurbeln, sondern – falls das überhaupt

möglich war – um einen Notgroschen (in Euro) zur Seite zu legen. Aber ist es wirklich eine Schweinerei, dass jetzt wieder mehr Personen sparen, weil sie damit der Wirtschaft schaden?

Schulden-Fall(e)

Parallel zum Gejammer über den mangelnden Konsum wird häufig darüber berichtet, dass die gestiegenen Kosten immer mehr Menschen zum Schuldenmachen veranlassen und diese dadurch zu Fall bringen. Lange haben die Kreditinstitute, aber auch viele Unternehmen leichtfertig Kredite vergeben bzw. Waren auf Pump verkauft. Durch Kreditkarten, Ratenkauf und Onlinebestellungen kann man wesentlich leichter den Überblick über seine Finanzen verlieren, als wenn man zum Bezahlen ins Geldbörstel greifen muss, aus dem man nichts mehr entnehmen kann, wenn es leer ist. Jetzt sind die Geldgeber etwas vorsichtiger geworden und deshalb fangen viele an zu Jammern. Schuld an der Misere sind natürlich immer „die Anderen“, vorzugsweise „die Reichen“ wie z.B. die Hausbesitzer, doch dazu später. Jeder vermeint unabhängig von seiner Leistung das Recht auf einen gewissen Lebensstandard wie z.B. Urlaubsreisen, ein Auto, das neueste Handy oder TV-Abos von Streaming-Plattformen zu haben und wundert sich dann, wenn für die Grundbedürfnisse wie Wohnen und Essen zu wenig übrig bleibt. Jährlich müssen zigtausende Österreicher die Schuldnerberatung in Anspruch nehmen, weil sie offenbar nie gelernt haben mit Geld richtig umzugehen. Jeder Fünfte davon ist angeblich unter 30 Jahre alt und hat laut Medienberichten Schulden von durchschnittlich 30.000, teilweise aber sogar mehr als 50.000 Euro. Kein Wunder, dass fast ein Promille der Einwohner unseres Landes sogar Privatkonkurs anmelden muss. Darunter gibt es natürlich auch echte Härtefälle und es ist erschreckend, dass in einem Wohlfahrtsstaat wie Österreich, der es sich leistet zahlreiche Migranten zu versorgen, die nie einen Beitrag zu unserem Sozialsystem geleistet haben (und vielfach auch nie werden), den wirklich bedürftigen Staatsbürgern, die unverschuldet in Not geraten, offenbar nicht ausreichend geholfen werden kann.

Zinsen-Falle

Ein nicht unwesentlicher Teil der Schuldenprobleme besteht darin, dass man für geborgtes Geld zusätzlich Zinsen bezahlen muss und diese umso höher sind, je schlechter die Bonität des Schuldners ist. Zwar wird heutzutage nach vielen Jahren mit geringer Inflation und niedrigen Zinsen über die Höhe der Kreditzinsen geklagt, aber ich kann mich gut daran erinnern, dass diese vor etwa 40 Jahren auch nicht niedriger waren (nur waren damals die Sparguthaben besser verzinst). Dieses Thema ist aber keinesfalls neu. Auch Martin Luther hat z.B. die Wucherzinsen kritisiert, die von manchen Geldgebern gefordert werden und trotzdem (oder deshalb?) findet ausgerechnet am Reformations-tag der Evangelischen Kirche der Weltspartag statt. Der Streit um die Verzinsung von Darlehen ist aber noch viel älter. Schon griechische Philosophen wie Platon und Aristoteles empfanden Zins-einnahmen als unmoralisch. Im Judentum und den daraus hervorgegangen Religionen galten Zinsverbote für Darlehen. Während diese im Islam zumindest theoretisch noch gelten und auf verschiedenste Art umgangen werden, wurden die Regeln im Christentum sukzessive aufgelockert bzw. abgeschafft. Am schlauesten haben aber die Juden selbst das Zinsverbot gelöst. Schon Moses hat ihnen zwar verboten von ihren Brüdern Zinsen zu nehmen, aber gleichzeitig erlaubt diese von Ausländern (bzw. Andersgläubigen) zu fordern, wie im Alten Testament (Dtn 23,20f) nachzulesen ist. Und so konnten Rothschild & Co. als Geldgeber von Königen und Fürsten den Grundstein für ihre Karriere als Bankiers legen.

Bau-Sparer (1)

In Österreich – und hier vor allem in Wien und anderen Großstädten – gibt es im europäischen Vergleich einen weit überdurchschnittlichen Anteil an Mietwohnungen. Während sogar in den ärmeren osteuropäischen Ländern ein Großteil der Bevölkerung im Eigentum lebt, erspart sich der typische Inländer – trotz der allseits beliebten Bausparverträge – meist das Bauen (bzw. den Kauf

einer Immobilie) und verlässt sich sehr gerne auf den geförderten sozialen Wohnbau oder gleich auf die Miete einer Gemeindewohnung. Da die Nachfrage nach dieser Wohnform so groß ist, wird ständig beklagt, dass es zu wenige leistbare Mietwohnungen für junge Menschen gibt. Das Problem des Wohnungsmarktes besteht in Wirklichkeit aber nicht darin, dass frei finanzierte private Objekte zu teuer am Markt angeboten werden, sondern darin, dass gut Verdienende (darunter wohl auch etliche Politiker, Gewerkschafter und Funktionäre von Genossenschaften) die schönsten geförderten Wohnungen blockieren, weil das Einkommen nur zu Beginn des Mietverhältnisses überprüft wird. Wer später höhere Einkünfte erzielt, braucht auch dann keine angemessene Miete zu bezahlen, sondern kauft oder baut sich vielleicht ein Häuschen im Grünen oder übersiedelt in eine schönere Eigentumswohnung. Um die günstige Wohnung für den Nachwuchs zu sichern (oder gar um diese zu vermieten) bleiben gerne einzelne Familienmitglieder im Gemeindebau oder der geförderten Genossenschaftswohnung gemeldet und hoffen, dass niemand den Leerstand bemerkt und anzeigt.



Bausparen (2)

Da schon lange bekannt ist, dass unser Pensionssystem aufgrund der prognostizierten Verschiebung in der Alterspyramide zu einem immer geringer werdenden Teil durch die Beiträge der aktiven Arbeitnehmer finanziert werden kann, wurde und wird der Bevölkerung eine Eigenvorsorge empfohlen. Dafür werden nicht nur private oder betriebliche Versicherungen bzw. Vorsorgekassen angepriesen. Auch das „Bausparen“ in Form von Betongold erfreute sich in den letzten Jahren großer Beliebtheit, zumal Vorsorgewohnungen zusätzlich einen gewissen Schutz gegen die Schwankungen der Kapitalmärkte versprechen. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage haben die Preise für Wohnraum deutlich angezogen, was sich auch auf die Vermietungspreise auswirkt. Obwohl laut Nationalbank in Österreich im Schnitt nur weniger als 24% des Haushaltseinkommens fürs Wohnen ausgegeben wird, klagen die Arbeitnehmervertreter sowie andere linke Zeitgenossen ständig über die Teuerungen, die jedoch unter anderem darauf zurückzuführen sind, dass bei uns sowohl die Kosten für den Bau, als auch für die Instandhaltung aufgrund der ständig teils überproportionalen Lohnerhöhungen stark gestiegen sind. Darüber hinaus bestehen für private Altbauten und für mit Wohnbeihilfe geförderte Eigentumswohnungen ohnedies sehr starke Einschränkungen durch das Mietrechtgesetz, weshalb die durchschnittlichen Mietpreise bei uns deutlich unter dem internationalen Niveau liegen. Dessen ungeachtet werden gerade jetzt ständig auch für Neubauten Mietzins-Beschränkungen gefordert, weil nach Ansicht der linken Denkfabriken die reichen Hausherren viel zu viel verdienen. Das mag ja für manche gewerbliche Investoren und für einige Zinshausbesitzer, die gut erhaltene Objekte geerbt haben, durchaus zutreffen. Andere haben hingegen mit den Erhaltungskosten zu kämpfen, welche nicht auf die Mieter überwältzt werden dürfen, weshalb die Altbauten oft parifiziert und als Eigentumswohnungen verkauft werden müssen, wodurch der Anteil der privaten Hausbesitzer stetig rückläufig ist. Außerdem wird gerne bewusst übersehen, dass Einschränkung der Mieten auch die

„kleinen“ Eigentümer von Vorsorgewohnungen sowie professionelle Anleger wie Pensionskassen und Versicherungen betreffen würden, wodurch das ohnehin sehr mangelhafte System der Eigenvorsorge nachhaltig geschädigt würde.

Sparkassen-Geschenke

Zuletzt möchte ich nochmals auf „Geschenke“ von Banken zurückkommen. Diese erzielen Dank der großen Differenz zwischen Kredit- und Sparzinsen satte Gewinne. Im Übrigen drehen sie ständig an der Kostenschraube, indem sie die Masse der kleinen Bankgeschäfte, wie Ein- und Auszahlungen von Bargeld oder Überweisungen, mit Hilfe von Automaten oder Online-Produkten auf die Kunden überwälzen und reihenweise Filialen einsparen. So hat z.B. jene Sparkasse, die einst der Gemeinde Wien gehörte und für viele Bürger die zentrale Anlaufstelle für Bankgeschäfte war, trotz bzw. wegen der Privatisierung und Zusammenlegung mit anderen Geldinstituten in den letzten Jahrzehnten sukzessiv eine Niederlassung nach der anderen aufgelassen, wodurch insbesondere ältere (und daher oft gehbehinderte) Personen, die ihre Geschäfte nicht mittels PC oder Handy-App erledigen können, gezwungen werden immer längere Wege auf sich zu nehmen. Dafür betätigt sich diese Bank – so wie einst die Adeligen oder (neu)reiche Unternehmer – als Kunstmäzen und präsentiert im Kunstforum auf der Freyung immer wieder sehenswerte Ausstellungen. Aufgrund des nach wie vor bestehenden Naheverhältnisses fördert sie aber auch Wiener Bauprojekte als Sponsor für einen (zumindest von mir) „verwunschenen“ Künstler. Die Stadt lässt ein brachliegendes Gelände an der Alten Donau für stolze 20 Millionen Euro in eine phantasievolle Natur- und Kunstoase umgestalten. Den Auftrag dafür erhielt jener „Gartenbauer“, der schon mit ähnlichen Parks am Gardasee und in Marokko Geld scheffeltet und in seiner Heimatstadt vor einigen Jahren mit einer Auszeichnung geehrt wurde, kurz nachdem eine von ihm geplante Zirkusshow Pleite gemacht und dabei unter anderem auch die Käufer der Eintrittskarten für dieses Event geschädigt hat. Das zweifellos geschmalzene Honorar des gerne als sozialer Gutmensch auftretenden Universalkünstlers ist in den obigen Projektkosten allerdings nicht enthalten, sondern wird ihm von der erwähnten Bank geschenkt, also gesponsert und entzieht sich damit der Kontrolle durch die Öffentlichkeit ...

Text und Bilder: DDr.cer. Raffael